

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Straßen auf dem Planungsareal Münchberger Straße errichten

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) oder Anfrage:

Ich beantrage auf dem Planungsareal Verkehrsflächen/Straßen einzuplanen.

Der mir im Referat für Stadtplanung und Bauordnung vorgelegte Planungsentwurf zur Änderung des Bebauungsplanes sieht keine Verkehrsflächen auf dem für 220 Wohnungen beplantem Areal vor. Im Ausschreibungsverfahren abgelehnte Entwürfe von Mitbewerbern sahen auf dem geplanten Baugebiet auch Straßen vor.

Ohne Straßen auf dem Planungsareal wäre die Verkehrserschließung und damit auch die nötigen Straßenparkflächen ausschließlich von den vorhandenen Siedlungsstraßen zu tragen. Das kann so nicht geleistet werden.

Die Siedlungsstraßen sind fünf Meter breit. Damit bleiben bei dichter, durchgehender Beparkung nur gut 2,50 Meter für den fließenden Verkehr. Das wird sich bei Parkplatznot noch verringern, wenn auf beiden Seiten, dann unter Mitbenutzung der Gehwege, geparkt wird. Die Polizei verfolgt oder ahndet so etwas nicht.

Das Befahren von Notdiensten, Polizei-, Feuerwehr-, Kranken- und sonstigen Hilfs- und Einsatzfahrzeugen wäre hier nur mit großen Behinderungen bei Hilfeinsätzen möglich. Die Sicherheit der Bewohner des gesamten Areals ist damit nicht mehr zu gewährleisten.

Ein Stellplatz pro Wohneinheit (60 qm) und ein Besucherparkplatz für sechs Wohneinheiten sind zu wenig.

Bei der Berechnung der nötigen Parkplätze wird noch mit Zahlen aus der Reichsgaragenordnung vom 1939 gearbeitet. Pro Wohneinheit war bereits damals, wie heute noch verlangt wird, ein Stellplatz bereitzuhalten. Hier, am Stadtrand, müssen Wochen-Einkäufe mit einem Auto erledigt werden, da die nächste Möglichkeit nur nach einem fünfzehn minütigem Fußmarsch erreicht werden kann. Es ist nicht unüblich und sehr realistisch daß von einer Familie zwei Fahrzeuge und gelegentlich auch noch Freizeitmobile abgestellt werden. Dazu kommen noch Dienstfahrzeuge und Werkstattwagen von dann evtl. ansässigen Kleingewerbetreibenden. Das können die vorhandenen Siedlungs-Straßen nicht aufnehmen. Durch die Verknappung von Parkraum die Beschaffung von Fahrzeugen einzudämmen führt, wie in Riem bei den „Autofreien“ Wohnungen zu sehen, zu einem Parkchaos in der Umgebung. Es ist auch ein volkswirtschaftliches Eigentor auf diese Art den Erwerb eines Kraftfahrzeuges zu behindern da in Deutschland die Automobilindustrie ein Wohlstandsschlüssel ist.

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Textfeld für Kontaktdaten